

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anschlag Nr. 23.

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise sind für die Anzeiger aus dem Erzgebirge 20 Cent pro Zeile, für die Anzeiger aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile, für die Anzeiger aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile, für die Anzeiger aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile.

Telegramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 121

Mittwoch, den 27. Mai 1925

20. Jahrgang

Oesterreich und Deutschland.

Für den Anschluß. — Weitgehendste Verkehrsfreiheit zwischen den deutschen Ländern.

Dortmund, 25. Mai. Auf dem Bundestag des Reichsdeutsch-Deutschen Volksbundes, der gestern in Dortmund unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Otto Rathenau, und an dem mehr als 60 Ortsgruppenvertreter aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs teilnahmen, wurde eine Reihe von Entschlüssen gefaßt. Danach spricht der Bundestag zunächst die Erwartung aus, daß die Deutsche Regierung bei den Verhandlungen ihres Garantiepaktes alles unterlasse, was eine Schmälerung der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Rechte Oesterreichs, sich mit Genehmigung des Völkerbundes an Deutschland anzuschließen, herbeiführen könnte. Der Bundestag drückt ferner seine Zustimmung zu einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus, da nach seiner Volksmeinung die deutschen Vertreter beim Völkerbund ihre Verpflichtung, als Anwalt deutscher Minderheiten aufzutreten, auch für die süddeutschen, südtirolischen und sardinischen Minderheiten übernehmen würden. Der Bundestag fordert weiter im Hinblick auf die Verhandlungen zwecks Aufhebung des Schutzwerts zwischen Oesterreich und Deutschland das Inkrafttreten einer Konvention, die die Passierschranken zwischen Oesterreich und Deutschland aufhebt, die Zollschranken abbaut und durch geeignete Eisenbahnverbindungen die Verkehrsfreiheit zwischen beiden deutschen Staaten fördert. Der Bundestag beantragt ferner, daß über den dem deutschen Reichsrat vorgelegten Strafsachenentwurf hinaus die österreichisch-deutsche Rechtshilfe vereinbart werde, und bittet die Preussische Regierung, die seit einem Jahre schwebenden Verhandlungen mit dem österreichischen Unterrichtsministerium betreffend Aufhebung des erhöhten Fremdenzuschuldes zum Abschluß zu bringen. Der Bundestag ersucht die Reichsregierung auch in diesem Jahre alle Fragen des Fremdenrechts insbesondere Legitimierungsverfahren, Einbürgerungen und Ausweisungen in einem besonders zu schaffenden Reichskommissariat zu zentralisieren, und fordert die Parteien des Reichstages auf, in der Novellierung des Gesetzes über den Erwerb der Reichs- und Staatsangehörigkeit Schritte zu unternehmen. Der Bundestag beantragt schließlich den Erlass einer Durchführungsverordnung, die als deutschsprachig den anerkennt, der sich zur deutschen Sprache, Kultur und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes bekennt.

Wien, 24. Mai. In seinem politischen Bericht auf dem Großdeutschen Parteitag erklärte Präsident Dr. Dinghofer die verschiedenen Pläne, Oesterreich lebensfähig zu gestalten, und erklärte, daß seine Partei die Zukunft Oesterreichs nur in der Eingliederung in das Deutsche Reich erblicke. Es sei falsch, wenn gewisse Kreise im Auslande die Meinung verbreiten, nur einige Vorteile seien für den Anschluß, das Gegenteil sei die Wahrheit. Allerdings müßten die Methoden, um zu dem Anschluß zu gelangen, der gegebenen Zeitlage angepaßt werden. Die Großdeutsche Volkspartei müsse mit allen Mitteln danach trachten, die engste Verbindung

mit den Brüdern im Reich, in den Fragen wirtschaftlicher Natur und des Rechtes zu erhalten und die beiderseitig interessierenden Fragen möglichst oft zu besprechen und danach zu handeln. Mit dankbarer Genugtuung begrüße die Großdeutsche Volkspartei die warmen Worte, die ihr bei jeder Gelegenheit von Deutschland geschickt würden, und besonders die Versicherung Dr. Stresemanns, daß sich keine Reichsregierung bereit finden werde, anlässlich des Sicherheitspaktes eine Erklärung abzugeben, die auf den Verzicht des Anschlusses Oesterreichs hinauslaufen würde. Ebenso freudig würden auch die Worte begrüßt, die derselbe Minister anlässlich der Verabredung des Zusatzantrages zu dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen gesprochen hat. Dr. Dinghofer gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß die österreichische Regierung aus fiskalischen Gründen in der Frage der Abschaffung des Passierschranken bei den letzten Verhandlungen eine Stellung bezogen habe, die seine Partei nicht billigen könne, und sagte weiter, die völlige Aenderung der Haltung der Regierung nach den vorangegangenen Besprechungen sei umso unverständlicher, als die Verhandlungen nahezu vor dem Abschluß standen und Oesterreich doch allen Grund haben müsse, möglichst Freizügigkeit herbeizuführen. Dr. Dinghofer besprach dann die verschiedenen Projekte in der Frage der Handelsverträge mit den Nachbarstaaten und erklärte, seine Partei würde es stets mit allen Mitteln bekämpfen, daß unter dem Deckmantel handelspolitischer Bestrebungen Oesterreich in ein wirtschaftliches oder politisches Eingekerkert werde, welches seine Spitze gegen das Deutsche Reich kehren und Oesterreich von diesem wirtschaftlich abschneiden und der Vorläufer politischer Wendungen sein würde. Hinsichtlich der Stellungnahme des Auslandes zu der Anschlußfrage bedauere er, daß England und Italien jetzt aus ihrer Reserve herausgetreten seien und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nicht anerkennen. Es müsse immer wieder gesagt werden, daß Artikel 80 des Versailler Vertrages und Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain kein Anschlußverbot enthalten, sondern die Aufgabe der Selbstständigkeit Oesterreichs von der Zustimmung des Völkerbundes abhängig machen, wobei freilich Einstimmigkeit des Beschlusses erforderlich sei. Wenn der italienische Außenminister kürzlich von der Absicht einer Annexion Oesterreichs durch Deutschland gesprochen habe, so sei dies ebenfalls unrichtig. Oesterreich wolle die Eingliederung, und Deutschland halte es für seine Bruderpflicht, Oesterreich nicht abzulehnen. Aus diesen Bestrebungen könne eine Verletzung des Friedensvertrages nicht hergeleitet werden. Oesterreich wolle ein Hamburg des Ostens und kein Syon des Westens werden. Der Anschluß sei auf dem Marsche und bleibe es. Die Bevölkerung Oesterreichs und des Deutschen Reiches wollten ihn, und diesen Willen werde keine Macht auf der Erde in Stande sein, auf die Dauer aufzuhalten.

Außenpolitische Bilanz.

Von Dr. Küls, M.D.R.

Es war vom Standpunkt der parlamentarischen Tatigkeit aus klug und vorsichtig von der Reichsregierung, die große außenpolitische Aussprache im Reichstage vor Eintreffen der Kontrollnote der interalliierten Mächte stattfinden zu lassen. Der Inhalt der Note wird ganz sicherlich so sein, daß er eine leidenschaftlose Würdigung unserer gesamtpolitischen äußeren Situation schwer beeinträchtigen dürfte, denn er wird neue starke Humultungen an uns stellen. Offenbar lag der Regierung daran, vor der Mitteilung und Veröffentlichung dieses die Klärung des inneren und die weitere Verständigung mit Deutschland ausschließenden diplomatischen Aktes unserer Feinde der Welt im Gegensatz zu den neuen Rechtsverständigungen und Bedrückungen die eigene korrekte und verständigungsberedte Haltung zu zeigen.

Man kann dem Reichskanzler das Beugnis nicht verargen, daß er bisher die Deutschnationalen in einer fröhlicher kaum für möglich gehaltenen Weise außenpolitisch bei der Stange gehalten hat. Die offensichtlich unter der Oberaufsicht Luthers gehaltene Rede Stresemanns hatte zweifellos auch die Tendenz, die Deutschnationalen im außenpolitischen Regierungskurs zu halten. Ob dies bei den noch bevorstehenden Belastungsproben dauernd gelingen wird, kann erst die Zukunft zeigen. Die Gefahr des Ausbrechens eines Teiles der Deutschnationalen aus dem gegenwärtigen Regierungskurs ist groß. Nicht etwa, als ob der Uebertritt des deutschnationalen Auswertungsabstiegs, des Abg. West, zu den Bolschewiken hierfür einen Anhaltspunkt gäbe. Dieser Vorgang hat eine andere Bedeutung. West wurde im letzten Wahlkampf von den Deutschnationalen als Zutritter der Zentrum- und Sparspartei gebraucht, er ist im übrigen aber ein vollkommen unpolitischer Kopf und ist weder nach der Plus- noch nach der Minusseite hin von irgend welchem Einfluß für das politische Saldo der Partei, der er sich anschließt. Aber in der Außenpolitik gibt es doch für viele Deutschnationale eine Grenze, deren Ueberschreiten von ihnen als nationaler Selbstmord betrachtet werden würde, und die dann im Interesse ihrer politischen Selbsterhaltung die Regierungsgemeinschaft verlassen und bei den Bolschewiken oder in einer Sondergruppe landen würden. Der Reichskanzler wittert mit dem ihm eigenen scharfen politischen Geruchssinn diese Entwicklungsmöglichkeiten, und deswegen die Führer zum Zentrum, um es dem kaiserlichen Ministerium enger zu verknüpfen, und zu den Demokraten, um ihre Opposition in Wohlwollen zu wandeln, deswegen aber auch der Versuch, die Deutschnationalen jetzt noch einmal auf die Regierungspolitik festzulegen.

Alle diese taktischen Rücksichten nach innen und die Ungewissheit über das, was uns in den nächsten Tagen von außen her wieder einmal zugemutet werden wird, verhin derten es freilich, daß die Regierung durch Dr. Stresemann eine große und klare Außenlinie aufzuweisen ließ. Nach dem von uns Ausgeführten ist das bis zu einem gewissen Grade verständlich. Bedauerlicher jedoch ist es, daß auch nicht ein einziger von den vielen Rednern des Parlaments nur den Versuch machte, eine klare und abgeschlossene Einstellung zu den großen außenpolitischen Problemen Deutschlands und der Welt zu gewinnen. Keine von den zahlreichen Reden erhob sich über das Niveau einer leidlichen politischen Wochenüberblick. Genüß: die außenpolitische Problematik ist komplizierter denn je, aber wenn das Deutschland der Nachkriegszeit es nicht fertig bringt, einen klaren und einheitlichen außenpolitischen Willen zu zeigen, so wird es an seiner einzigen Stelle als motorische Kraft des weltpolitischen Geschehens eingeschaltet werden können.

Wenn ein britischer Politiker unsere außenpolitische Reichstagsdebatte liest, dann wird er kopfschüttelnd fragen: was wollen diese Deutschen nun eigentlich; wollen sie das Heil der Zukunft in einer nach Osten orientierten Politik suchen oder wollen sie im Ausgleich mit den Westmächten an dem großen Problem der Vereinigten Staaten von Europa mitarbeiten oder wollen sie gar, wie die Worte Stresemanns gedeutet werden können, die alte Bahn wieder aufzufrischen, Deutschland könne die Mittlerrolle zwischen Osten und Westen spielen? Es klingt gewiß sehr schön und stolz, daß Deutschland seine Außenpolitik nur nach seinen eigenen nationalen Interessen einrichten müsse, wofür man aber kommt, wenn man diese eigenen Interessen nicht richtig in die Kräfteverhältnisse der weltpolitischen Konstellation einträgt, hat und in furchtbarer Tragik der Krieg geseigt. Kompromisse können sicherlich auch im außenpolitischen Geschehen nützlich sein, aber nur dann wenn sie auf der geraden Linie zu einem konsequent verfolgten Ziele liegen, und nicht dann, wenn sie nur eingegangen werden, um die verantwortliche Entscheidung über ein solches Ziel zu vermeiden. Stresemann ist ein

Gegen die belgischen Schandurteile.

Eine Erklärung der sächsischen Offiziere.

Wie wir bereits berichteten, hat das Kriegsgericht Namur 18 Offiziere zum Tode und sieben zu 20jähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Die Hüter der Ehre der ehemaligen sächsischen Armee erlassen folgende Erklärung:

Das belgische Kriegsgericht zu Namur hat am 30. April dieses Jahres wegen der Vorgänge in Dinant im August 1914 18 sächsische Offiziere zum Tode und 7 zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurteilt. An der Spitze der zum Tode verurteilten Offiziere steht der bereits vor drei Jahren verstorbene Kommandierende General des 12. Armeekorps Generaloberst a. D. v. Giffa. Außerdem sind zum Tode verurteilt:

- Oberst a. D. Fiedel Generalleutnant a. D. Hoch,
 - Major a. D. John, Generalmajor a. D. Graf Kielmannsegg, Oberleutnant d. R. a. D. Rippling, Oberst a. D. Koch, Generalleutnant a. D. Meißner, General d. Inf. a. D. v. d. Blanks, Generalleutnant a. D. von Rehder, Generalmajor a. D. Richter, Oberst a. D. Schick, Hauptmann a. D. Schreiber, Oberst a. D. Steinhoff, Oberleutnant d. R. a. D. Wendt, Major a. D. Wille, Hauptmann a. D. Buttig, Oberleutnant a. D. v. Reschau.
- Zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit sind verurteilt: Hauptmann a. D. Wier, Oberleutnant b. R. a. D. Harig, Major a. D. v. Haelling, Oberst a. D. von

Kirchbach, Major a. D. Karl Martini, Major a. D. Fehr, v. Schaumburg, Oberleutnant a. D. v. Jenfer.

Die Rechtswidrigkeit dieser Urteile steht von vornherein fest. Die kriegsgeschichtliche Forschung hat einwandfrei ergeben, daß die verurteilten Offiziere lediglich ihre Pflicht getan haben in der Abwehr der rechtswidrigen Kampfbeteiligung einer planmäßig organisierten, fanatisierten Zivilbevölkerung. Die Handlungswelt der verurteilten Offiziere wird durch die Genfer Konvention und das Haager Abkommen vollkommen gedeckt. Wir stellen uns hinter unsere Kameraden und erheben den schärfsten Einspruch gegen diese ungeheuerlichen Urteile, die nichts anderes bezwecken als eine erneute Beschimpfung der Ehre des deutschen Volkes in Waffen!

- Generaloberst a. D. v. Kirchbach im Namen sämtlicher ehemaliger R. S. Truppenteile.
- Generalmajor a. D. v. Gult; Landesverband Sachsen D. D. B.
- Generalleutnant a. D. v. Massow; Landesverband Sachsen R. D. D.
- Leutnant d. R. a. D. Voetsch; Landesverband Sachsen R. D. B.
- Generalleutnant a. D. Hammer; Vereinigte Vaterländische Verbände Sachsens.
- Generaloberst a. D. v. Sanitätsrat Dr. Hopf; Sächsischer Militär-Bereitschafts-Bund.